Zählgemeinschaftsvereinbarung Tempelhof-Schöneberg 2026-2031

zwischen
Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg
Die Linke Tempelhof-Schöneberg
SPD Tempelhof-Schöneberg

Präambel

Am 20. September 2026 haben die Menschen in Tempelhof-Schöneberg eine neue Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gewählt. Aus diesem Votum erwächst für uns der Auftrag, Verantwortung für unseren Bezirk zu übernehmen und gemeinsam verlässliche politische Mehrheiten für die kommenden fünf Jahre zu gestalten.

Die Kreis- bzw. Bezirksverbände von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD Tempelhof-Schöneberg vereinbaren deshalb für die Wahlperiode 2026 bis 2031 die Bildung einer Zählgemeinschaft.

Unsere Zusammenarbeit soll von Respekt und Vertrauen geprägt sein. Unser Ziel ist eine Zusammenarbeit, die nicht bei gemeinsamen Absichtserklärungen stehen bleibt. Wir wollen begonnene Vorhaben verlässlich weiterführen, neue Projekte gemeinsam entwickeln und Entscheidungen so treffen, dass sie für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg konkrete Verbesserungen bewirken. Dabei behalten wir sowohl den gesamten Bezirk als auch die unterschiedlichen Bedürfnisse seiner Ortsteile und Kieze im Blick.

Gemeinsames Ziel unserer Arbeit ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des nachbarschaftlichen Miteinanders in unserem Bezirk. Wir setzen uns gemeinsam für Armutsbekämpfung, Chancengleichheit, Ökologie und Klimaschutz ein. Ein bezahlbares Leben, sichere und eigenständige Mobilität für alle, eine für alle Bürger*innen nahe, gut funktionierende Verwaltung, gute Bildung und verlässliche, öffentliche Infrastruktur müssen für alle Menschen in unserem Bezirk Alltag sein. Nachhaltige Wirtschaft und Innovationsfreude machen unseren Bezirk stark.

Unsere bezirkliche Haushaltspolitik verbindet einen verantwortungsvollen Mitteleinsatz mit sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die Bedürfnisse von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen werden besonders berücksichtigt.

Die Menschenwürde ist unantastbar. Daraus folgt für uns die Verantwortung, die Freiheit und Gleichwertigkeit aller Menschen zu schützen, demokratische Teilhabe zu stärken und uns antifaschistisch zu positionieren. Faschistischen, rechtsextremen und menschenverachtenden Bestrebungen stellen wir uns mit aller Entschlossenheit entgegen.

Tempelhof-Schöneberg lebt von seiner Vielfalt, von unterschiedlichen Lebensentwürfen, Generationen, sozialen Erfahrungen und kulturellen Prägungen. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserem Bezirk respektiert, sicher und zugehörig fühlen können.

Wir treten jeder Form von Antisemitismus, Antiziganismus, Antimuslimischem Rassismus, Anti-Schwarzem Rassismus und jeder anderen Form von Rassismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Queerfeindlichkeit entschieden entgegen. Wir setzen uns weiter für die Gleichstellung der Geschlechter und ein selbstbestimmtes Leben aller Frauen und Mädchen in Tempelhof-Schöneberg ein. Zu unserer Verantwortung gehört eine aktive Erinnerungskultur. Auch aufgrund der Geschichte unseres Bezirks tragen wir eine besondere Verantwortung zum Schutz jüdischen Lebens. Wir schützen jüdisches Leben, stärken das Miteinander und setzen uns für Frieden und Verständigung ein.

Diese Vereinbarung bildet die Grundlage unserer Zusammenarbeit in der Wahlperiode 2026 bis 2031. Sie schafft Verlässlichkeit und lässt zugleich Raum für neue Entwicklungen.

Die Vereinbarung besteht aus drei Teilen:

- Kapitel 1 enthält die Grundlinien der Verwaltungspolitik, die wir der Bezirksverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorlegen und die dem Bezirksamt Orientierung für die gesamte Wahlperiode geben.
- Kapitel 2 regelt die Ressortverteilung sowie die Grundsätze unserer Zusammenarbeit.
- Kapitel 3 beschreibt gemeinsame Ziele und Projekte, deren Umsetzung wir in der Wahlperiode voranbringen und an deren Ergebnissen wir unsere gemeinsame Arbeit messen lassen wollen.

Kapitel 1:
Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks Tempelhof-Schöneberg 2026–2031

Zur Beschlussfassung durch die BVV gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BezVG

Die Fraktionen der Zählgemeinschaft bringen dieses Kapitel als gemeinsamen Antrag in die (konstituierte) Bezirksverordnetenversammlung ein. Damit die Grundlinien nicht nur Orientierung geben, sondern im Verwaltungsalltag Wirkung entfalten, wird der Beschluss mit einem Ersuchen nach § 13 BezVG und einer jährlichen Berichtspflicht verbunden.

Beschlussvorschlag

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

„Die Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg bestimmt gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BezVG für die Wahlperiode 2026 bis 2031 die nachfolgenden Grundlinien der Verwaltungspolitik des Bezirks. Das Bezirksamt wird ersucht, sein Verwaltungshandeln, die Aufstellung der Haushaltsplanentwürfe und die Personalplanung an diesen Grundlinien auszurichten und der Bezirksverordnetenversammlung jährlich zum 31. März, erstmals im Jahr 2028, schriftlich über den Stand der Umsetzung zu berichten. Der Bericht benennt die wesentlichen Umsetzungsschritte, bestehende Hindernisse sowie den weiteren Handlungsbedarf.“

1.1 Ein solidarischer Bezirk in allen Ortsteilen

Unsere Politik und das Handeln der Bezirksverwaltung richten sich an die Menschen im gesamten Bezirk Tempelhof-Schöneberg. In allen Ortsteilen und Kiezen sollen sich die Menschen auf eine erreichbare Verwaltung, eine gute öffentliche Infrastruktur und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen verlassen können. Kein Ortsteil darf aus dem Blick geraten. Die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Bedürfnisse vor Ort bilden den Ausgangspunkt bezirklicher Entscheidungen.

Die Verwaltung handelt respektvoll, solidarisch, inklusiv und diskriminierungsfrei. Sie baut Hürden beim Zugang zu öffentlichen Leistungen ab und unterstützt Menschen dabei, ihre Rechte wahrzunehmen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität, Religion, Weltanschauung, Alter, Behinderung, Aufenthaltsstatus oder sozialer Lage. Diskriminierende Strukturen und Mehrfachdiskriminierungen werden gezielt abgebaut. Beschwerden müssen vertraulich, niedrigschwellig, mehrsprachig und barrierefrei möglich sein.

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Ortsteilen. Mittel und Angebote werden bedarfsgerecht eingesetzt; bislang unterversorgte Quartiere, Großwohnsiedlungen und Stadtrandlagen erhalten besondere Aufmerksamkeit. Das Leitbild ist ein sorgender Bezirk mit wohnortnahen sozialen, gesundheitlichen, kulturellen Angeboten und Bildungsangeboten im Rahmen der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung. Große Bauvorhaben lösen in der Regel Bedarfe in der öffentlichen Infrastruktur aus. Wir werden durch vorausschauende Planung und städtebauliche Verträge für ein Mitwachsen der öffentlichen Infrastruktur sorgen. Bezirkliche Bürodienstgebäude und das Gemeinschaftshaus Lichtenrade werden weiterhin für gemeinschaftliche und gemeinwohlorientierte Nutzungen geöffnet.

Das Bezirksamt tritt Hass, Hetze und menschenverachtenden Äußerungen entgegen. Es versteht Demokratieförderung als Daueraufgabe und unterstützt das bezirkliche Bündnis gegen Antisemitismus sowie die Träger der Demokratieförderung, Präventions- und Bildungsarbeit.

Unter anderem über das Netzwerk „Mayors for Peace“ und über die Pflege der Städtepartnerschaften setzt der Bezirk sich für eine Kultur des Friedens ein. Insbesondere unsere internationalen Kooperationen mit Amstelveen (Niederlande), Barnet (UK), Charenton-le-Pont (Frankreich), Koszalin (Polen), Levallois-Perret (Frankreich), Mezitli-Mersin (Türkei), Mykolajiw (Ukraine) und Nahariya (Israel) sind für uns in globalen Krisenzeiten lebendige Brücken des Austausches, der Verständigung und Solidarität.

1.2 Eine Verwaltung, die funktioniert: bürgernah, digital und verlässlich

- Die Menschen im Bezirk erwarten, dass sie Termine bekommen, Anträge zügig bearbeitet werden und Auskünfte verständlich sind. Eine Verwaltung, die ihre Versprechen hält, leistet einen wichtigen Beitrag gegen Politikverdrossenheit.
- Das Bezirksamt stellt die Anliegen der Bürger*innen in den Mittelpunkt.
- Verwaltungsverfahren werden schrittweise durchgängig digital angeboten. Die digitale Akte wird intern eingeführt für alle Vorgänge, die nicht durch Fachverfahren bereits digitalisiert sind bzw. wo die Schnittstelle fehlt.
- Wir wollen Verwaltungsleistungen mehrsprachig, in verständlicher und Leichter Sprache sowie über unterschiedliche Zugangswege anbieten. Auch Menschen ohne digitale Möglichkeiten müssen die Verwaltung uneingeschränkt erreichen können. Unterschiedliche körperliche, sensorische, kognitive und sprachliche Voraussetzungen sollen bei allen Planungen und Angeboten von Beginn an berücksichtigt werden, um eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Das bezieht sich auch auf die Website.
- Schreiben und Bescheide sind klar und verständlich formuliert, bei Bedarf in Leichter Sprache und mehrsprachig. Menschen mit geringer Lese- und Schreibsicherheit werden besonders berücksichtigt.
- Anliegen sollen zügig, nachvollziehbar und lösungsorientiert bearbeitet werden. Zuständigkeiten und Entscheidungswege sollen klar geregelt sein. Wir wollen Verwaltungsabläufe vereinfachen und unnötige Bürokratie abbauen, dass sie Beschäftigte entlastet und den Service für Bürger*innen verbessert.
- Das Bezirksamt versteht die Unterstützung von armutsgefährdeten und -betroffenen Menschen als ressortübergreifende Aufgabe.
- Das Bezirksamt entwickelt seine Fachplanungen auf Grundlage gemeinsamer Sozialraumdaten und stärkt die integrierte Sozialplanung.
- Das Bezirksamt stärkt die fachübergreifende Zusammenarbeit, damit komplexe Anliegen nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitern. Das Bezirksamt befördert eine interdisziplinäre Planung und trägt dafür Sorge, dass Schulnetzplanung, Jugendförderplan und ähnliche Instrumente aufeinander abgestimmt werden.
- Alle bauenden Bereiche legen eine Arbeitsplanung der laufenden und geplanten Bauvorhaben vor. In diesen sind die Investitionsmittel,

Personalressourcen, Planungsstufen und Zeitpläne enthalten. Darüber hinaus stellen die Bereiche, die projekthaft arbeiten, ihre voraussichtlichen Projekte im ersten Quartal des Jahres in den Fachausschüssen vor.

1.3 Solide, transparente und gerechte Finanzen

- Bei allen Anmeldungen neuer Stellen wird dargestellt, ob und wie sie sich in der Kosten- und Leistungsrechnung bzw. der Budgetierung refinanzieren.
- Im Rahmen der bezirklichen Zuständigkeiten wird das Gender Budgeting überarbeitet. Ziel ist es, aus den vorhandenen Daten konkrete Maßnahmen ableiten zu können und eine geschlechtergerechte Verteilung der jeweiligen Ressourcen steuern zu können.
- Die Berichterstattung zur Investitionsplanung wird um ihre Kimaauswirkungen erweitert und transparent dargestellt.

1.4 Gutes Personal gewinnen, entwickeln und halten

- Die Beschäftigten tragen mit ihrer Arbeit eine verlässliche und bürgernahe Verwaltung. Dafür braucht es gute Arbeitsbedingungen, ausreichend Personal und Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Unser Ziel bleibt, freie Stellen schnell und gut zu besetzen.
- Personalgewinnung und Arbeitgebermarketing werden fortgeführt und regelmäßig angepasst. Ausbildung und duales Studium stehen im Mittelpunkt der Personalentwicklung; Nachwuchskräfte werden bis zum Abschluss begleitet.
- Das Quereinsteigerprogramm mit der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) wird fortgeschrieben und ausgebaut. Quereinsteiger*innen erhalten die notwendige Nachqualifizierung.
- Der verbindliche Fortbildungskatalog für Führungskräfte wird weiterentwickelt. Gute Führung ist der wichtigste Faktor für die Bindung der Beschäftigten.
- Das Bezirksamt nutzt alle Spielräume, die das Tarif- und Besoldungsrecht bietet, um Personalentwicklung und -gewinnung voranzutreiben.
- Gesundheitsförderung, mobiles Arbeiten und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle werden weiterentwickelt.
- Die diversitätsorientierte Personalentwicklung wird in den Geschäftsbereichen vorangetrieben und von der Serviceeinheit (SE) Finanzen und Personal unterstützt.
- Das Bezirksamt legt weiterhin einen Schwerpunkt auf die Ausbildung und Einstellung von Menschen mit Behinderungen.
- Das Bezirksamt hat das Ziel, dass alle Bereiche arbeits- und handlungsfähig sind. Auswertungen von Arbeitsbelastungen, Überlastungsanzeigen und vorhandene Bearbeitungsrückstände werden bei der Personalplanung berücksichtigt. Die Serviceeinheiten unterstützen die dezentralen Bereiche durch die Schaffung von möglichst klaren und einheitlichen Prozessen, der

zentralen Bereitstellung von Dokumenten und einem systematischen Wissensmanagement.

- Der Hauptausschuss erhält monatlich einen Personalbericht nach einheitlichem Muster. Dazu gehört auch die Stellenbesetzungsübersicht für den Wirtschaftsplan der Parkraumbewirtschaftung des Ordnungsamtes.
- Bei Vergaben und Zuwendungen achtet das Bezirksamt weiterhin auf die Einhaltung von Tariftreue und guten Arbeitsbedingungen. Es setzt sich für verlässliche Beschäftigung und die Finanzierung tariflicher Personalkosten bei geförderten Trägern ein.
- Die Rückführung ausgelagerter Aufgaben in öffentliche Verantwortung wird dort geprüft, wo sie die Qualität der Leistungen und die Arbeitsbedingungen verbessert. Dafür setzen wir uns auch auf der Landesebene ein.

1.5 Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe

- Klimaschutz und Hitzeschutz sind Gesundheitsschutz. Sie gehören deshalb nicht in eine Nische, sondern in jede Planung, jede Bauentscheidung und jede Beschaffung. Einen Fokus legen wir auf Klimaanpassungsmaßnahmen in sozio-ökonomisch belasteten Quartieren, um Menschen zu schützen, die sich vor Hitze und anderen Klimafolgen nicht ausreichend selbst schützen können.
- Klimaanpassung und Hitzeschutz werden bei allen Planungen, Bau- und Sanierungsvorhaben von Anfang an berücksichtigt. Das bezirkliche Klimaanpassungskonzept und der Hitzeschutzplan sind für die Fachämter handlungsleitend.
- Die bezirklichen Liegenschaften werden schrittweise klimaneutral. Photovoltaik wird auf allen geeigneten Dächern ausgebaut; der jährliche Energiebericht der SE Facilty Management enthält einen Maßnahmenplan mit Soll-Ist-Vergleich.
- Das Schwammstadt-Prinzip ist Standard bei der Planung von Straßen, Plätzen und Grünflächen. Wir werden das Entsiegelungsprogramm des Landes Berlins im Bezirk aktiv umsetzen und die aufgezeigten Potenziale zur Entsiegelung nutzen.
- Das Bezirksamt plant baumschonend. Straßen- und Anlagenbäume sollen, soweit es möglich ist, erhalten bleiben.
- Der Kfz-Fuhrpark wird schrittweise emissionsfrei und um Dienstfahrräder erweitert.

1.6 Mobilität und öffentlicher Raum

- Die Stärkung des Umweltverbundes ist Grundlage der Mobilitätsplanung im Bezirk. Insbesondere in Bezug auf die Schulwegsicherheit verfolgt das Bezirksamt einen präventiven Ansatz im Sinne der Vision Zero. Der Bezirk setzt sich für eine Verkehrsplanung ein bzw. setzt diese bei eigener Zuständigkeit um, die als Angebotsplanung angelegt ist und nicht erst auf Unfälle reagiert.

- Straßen und Plätze sollen nicht nur als Verkehrsräume dienen, sondern auch eine hohe Aufenthaltsqualität erhalten. Es sind bei allen Baumaßnahmen Entsiegelungsmöglichkeiten zu prüfen.
- Verkehrsplanung richtet sich nach dem Leitgedanken des „Safety by Design“. Das bedeutet, dass Straßen, Plätze und Kreuzungsbereiche von Anfang an so geplant werden, dass illegales Verkehrsverhalten wie Rasen oder Falschparken praktisch unterbunden wird und nicht dauerhaft Kontrollen stattfinden müssen.
- Bauliche Maßnahmen, die zur Verdrängung bestimmter Gruppen gedacht sind („hostile architecture“) lehnen wir ab.

1.7 Gleichstellung, Vielfalt und Inklusion

- Gleichstellung ist Führungsaufgabe in allen Ämtern. Gender Mainstreaming wird in Planung und Haushalt angewandt. Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) wird im Bezirk sukzessive umgesetzt; Fortbildungen machen die Verwaltung queersensibel. Die beauftragte Person für queere Lebensweisen nimmt dabei eine Schlüsselposition ein.
- Das bezirkliche Inklusionskonzept wird umgesetzt. Barrierefreiheit gilt für Gebäude, digitale Angebote und die persönliche Kommunikation gleichermaßen. Bürgerämter und Wahllokale werden vorrangig barrierefrei gestaltet.
- Die Koordinatorin zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird eine Konzeption erarbeiten, die den Landesplan ergänzt. Sie koordiniert verwaltungsintern die Maßnahmen der Fachbereiche zur Umsetzung des Inklusionskonzeptes und unterstützt und berät bei Bedarf die Fachbereiche bei der Erarbeitung. Die Umsetzung vereinbarter Maßnahmen wird nachvollziehbar dokumentiert. Die Koordinierungsstelle wird in einem jährlichen Bericht über den Umsetzungsstand berichten.

1.8 Beteiligung, Transparenz und Ehrenamt

- Bei großen Vorhaben beteiligt das Bezirksamt im Rahmen der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung die Öffentlichkeit frühzeitig, noch vor den gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren. Wir wollen Menschen besser erreichen, die von einer Maßnahme besonders betroffen sind und die sich bisher selten beteiligen, und wenden dafür aufsuchende und ortsnahe Formate an. Pläne, Berichte und Konzepte werden öffentlich zugänglich gemacht, Daten nach Möglichkeit als offene Daten bereitgestellt.
- Das Bezirksamt informiert die Bezirksverordnetenversammlung frühzeitig und vollständig über wesentliche Vorhaben.
- Ehrenamtliches Engagement wird wertgeschätzt, unterstützt und sichtbar gemacht.

1.9 Bezahlbaren Wohnraum schaffen und schützen, Leerstand vermeiden

- Wir erhalten und schaffen in unserem Bezirk möglichst dauerhaft preisgebundenen und gemeinwohlorientiert bewirtschafteten Wohnraum.
- Für Neubau suchen wir nach Partnern, die sich dem Ziel, möglichst dauerhaft preisgebundenen Wohnraum zu schaffen, verpflichten. Wir streben an, dass der Neubau verstärkt durch landeseigene Wohnungsunternehmen und gemeinwohlorientierte Akteure erfolgen soll.
- Bei Vorhaben, die wirtschaftliche Interessen berühren, binden wir die Wirtschaftsförderung frühzeitig ein und holen bei Bedarf ihre Stellungnahme ein.
- Für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung suchen wir auch die Zusammenarbeit mit privaten Bauherr*innen. Wir schaffen verlässliche städtebauliche Rahmenbedingungen, damit langjährige Bauprojekte zuverlässig umgesetzt und genutzt werden können.
- Für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung bringen wir unsere Anliegen früh in die Verfahren ein, damit Zielkonflikte rechtzeitig erkannt und die Realisierbarkeit von Projekten mitgedacht wird.
- Wir greifen durch gegen Vermieter*innen, die geltendes Recht verletzen und schützen Mieter*innen vor Verdrängung und zu hohen Mieten.
- Wir ermöglichen sozio-kulturelle Nutzungen und Angebote statt Leerstand.
- Umwelt- und Naturschutzamt sowie Straßen- und Grünflächenamt werden bei Bebauungsplänen und Bauvorhaben von Beginn an beteiligt. Insbesondere öffentliche Straßenbäume sollen durch Bauvorhaben nicht gefährdet werden.

1.10 Familienfreundliche Verwaltung

- Das Bezirksamt gestaltet seine Dienstleistungen familienfreundlich und geht bedürfnisorientiert und bedarfsgerecht auf Familien mit alleinerziehenden Erziehungsberechtigten ein.
- Das Bezirksamt richtet sein Verwaltungshandeln im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe darauf aus, Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen, Familien frühzeitig zu unterstützen und präventive Angebote zu stärken.
- Kinder und Jugendliche werden als eigenständige Träger*innen von Rechten wahrgenommen. Das Bezirksamt berücksichtigt ihre Interessen bei allen sie betreffenden Entscheidungen und entwickelt geeignete Beteiligungsverfahren.

1.11 Soziales, Armutsbekämpfung und Gesundheit

- Im Falle von sozialen Krisensituationen setzen wir auf einen unterstützenden, frühzeitigen, beratenden und lösungsorientierten Ansatz.
- Das Bezirksamt berücksichtigt die Bedürfnisse älterer Menschen in allen relevanten Planungs- und Verwaltungsentscheidungen. Das Bezirksamt stärkt die Zusammenarbeit zwischen Seniorenarbeit, Pflege und sozialen Angeboten und beteiligt die Seniorenvertretung regelmäßig.

- Der öffentliche Gesundheitsdienst richtet seine präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen insbesondere auf Bevölkerungsgruppen und Sozialräume mit erhöhtem Unterstützungsbedarf aus.

1.12 Partnerschaftlich mit Land, Nachbarbezirken und Zivilgesellschaft

- Das Bezirksamt arbeitet partnerschaftlich und zugleich selbstbewusst mit dem Senat zusammen und nutzt die mit der Verwaltungsreform gestärkten Beteiligungsrechte der Bezirke.
- Die bewährte Zusammenarbeit mit freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden, Unternehmensnetzwerken, Initiativen und Religionsgemeinschaften wird fortgesetzt. Migrantische Selbstorganisationen, Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen, Mieter*inneninitiativen und von Benachteiligung betroffene Gruppen werden aktiv einbezogen. Für gemeinnützige Träger setzt sich das Bezirksamt für transparente Verfahren und rechtzeitige Entscheidungen ein.

Kapitel 2:
Arbeitsweise

Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD bilden eine Zählgemeinschaft zur Wahl des Bezirksbürgermeisters auf Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen. Zugleich wird die Zählgemeinschaft den Vorschlag von Die Linke zur Wahl der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin unterstützen. Die Fraktionen der Zählgemeinschaft werden die jeweiligen Kandidat*innen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD für das Bezirksamt wählen.

Die Mitglieder der Zählgemeinschaft unterstützen den Vorschlag des Bezirksbürgermeisters im Bezirksamt zur Ressortverteilung.

Die Zählgemeinschaft vereinbart folgende **Ressortverteilung**:

Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2	Geschäftsbereich 3
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	Bündnis 90/Die Grünen
Bezirksbürgermeister	Schul- & Sportamt	Ordnungsamt
	Facility Management	Straßen & Grünflächen
	Kultur	Umwelt & Naturschutz

Geschäftsbereich 4	Geschäftsbereich 5	Geschäftsbereich 6
Linke	AfD	SPD
Stadtentwicklung	Amt für Soziales	Jugendamt
Bürgerdienste		Gesundheit
		QPK

Wir werden auch weiterhin nicht mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Fraktionen zusammenarbeiten und wollen darüber einen Konsens mit allen demokratischen Fraktionen erzielen. Falls ein Geschäftsbereich unbesetzt bleiben sollte, entscheidet das Bezirksamt über die Geschäftsvertretung.

Darüber hinaus treffen wir Vereinbarungen über die **gemeinsame Zusammenarbeit** entsprechend der nachfolgenden Punkte.

- Die in Teil 3 dieser Vereinbarung verankerten Vorhaben werden in dieser Wahlperiode von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und SPD gemeinsam eingebracht. Weitere Vorhaben können eigenständig oder gemeinsam entwickelt und eingebracht werden. Es wird zunächst die Abstimmung in der Zählgemeinschaft gesucht.
- Die fachpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen bereiten die Ausschusssitzungen gemeinsam vor, um ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren.

- Es finden regelmäßig Besprechungen der Zählgemeinschaftsfraktionen und des Bezirksamts in den von den Fraktionen benannten Bereichen statt, bestenfalls in Verbindung mit Ausschussvorbesprechungen.
- Zur Vorbereitung der BVV-Sitzungen stimmen sich die Fraktionsvorsitzenden auf Grundlage der Beschlusslagen ihrer Fraktionen zu den Drucksachen auf der Tagesordnung ab.
- Die Fraktionen der Zählgemeinschaft stimmen sich zum Beschluss über den Haushalt und der Investitionsplanung ab und werden frühzeitig eingebunden. Ziel ist es, die in der Zählgemeinschaft vereinbarten Ziele finanziell abzusichern und hierzu Einvernehmen und Beschlussreife herzustellen. Im Bezirksamt wird an den Gesprächen von Bezirksbürgermeister und Dezernent*innen und Amtsleitungen zur Vorbereitung des Haushaltsentwurfs festgehalten.
- Der Haushaltsbeschluss wird von der Zählgemeinschaft gemeinsam eingebracht und beschlossen.
- Es finden regelmäßige Treffen zwischen den die Zählgemeinschaft tragenden Parteien mit den Kreisvorsitzenden, Stadträt*innen und Fraktionsvorständen statt, unter anderem zur Vor- und Rückschau auf die gemeinsame Arbeit und Ziele (mindestens 3x pro Jahr). Die Termine werden Anfang des Jahres festgelegt. Dazwischen finden sogenannte kleine Zählgemeinschaftsrunden mit den Fraktionsvorständen und Stadträt*innen statt. Diese werden dafür genutzt, aktuelle Sachverhalte zu klären, sollten diese auf der Arbeitsebene nicht zu klären sein, und um größere Vorhaben vorzubereiten.
- Die Sitzungen des Bezirksamtes werden von den von der Zählgemeinschaft getragenen Bezirksamtsmitgliedern gemeinsam vorbereitet.
- Die Zählgemeinschaft hat das Ziel, möglichst viele politische Ziele zu erreichen und in die Umsetzung zu bringen. Dafür wird ein kooperativer und konstruktiver Umgang mit der Verwaltung und den dort tätigen Mitarbeiter*innen gelebt.
- Große Vorhaben und Machbarkeitsstudien werden vor der Veröffentlichung mit der Zählgemeinschaft vorbesprochen, um frühzeitig Feedback einfließen zu lassen und ein gemeinsames Vorgehen für die erfolgreiche Umsetzung zu besprechen.
- Für Bürgerdeputierte wird eine geeignete Zahl festgelegt und sichergestellt, dass alle Zählgemeinschaftspartnerinnen Bürgerdeputierte stellen können.

Kapitel 3:
Gemeinsame Vorhaben

Geschäftsbereich 1: Bezirksbürgermeister

Angesicht der angespannten Haushaltslage wollen wir die Anstrengungen zur Besetzung der offenen Stellen intensivieren. So wollen wir die Verwaltung insbesondere bei der unmittelbaren Leistungserbringung für die Bürger*innen – wie beispielsweise die Auszahlung existenzsichernder Leistungen – sowie bei der Aufgabenerledigung für Klimaanpassung und Infrastrukturentwicklung stärken. Gleichzeitig streben wir damit im Rahmen der Systematik der Kosten- und Leistungsrechnung und der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung an, die bezirklich steuerbaren Einnahmen zu steigern und kontinuierlich an Budgetverbesserungen zu arbeiten. Die Höhe und Auflösung von pauschalen Minderausgaben werden wir hinsichtlich ihrer sozialen und fachlichen Auswirkungen gemeinsam vertrauensvoll beraten.

Soweit die finanziellen Zuweisungen des Landes Berlin entsprechend steigen und tarifliche Aufwüchse vollständig abgebildet sind, zusätzliche Stellen durch das Land zugewiesen werden oder neue Aufgaben übernommen werden, streben wir einen bedarfsgerechten Personalaufwuchs an. Unabhängig davon können innerhalb der jeweiligen Fachämter jederzeit Umstrukturierungen vorgenommen werden. Etwaige zusätzliche personelle Ressourcen vom Land sollen unter Berücksichtigung der jeweiligen Aufgaben und Bedarfe anteilig fair auf die Geschäftsbereiche verteilt werden. Die Verteilung zusätzlicher Ressourcen sowie entsprechende strukturelle Veränderungen werden zwischen den Zählgemeinschaftspartnerinnen abgestimmt.

Unterstützt durch die SE Finanzen und Personal unterziehen die dezentralen Haushaltsbereiche der Fachabteilungen die bisherige Praxis der Mengenerfassung einerseits sowie der Kontierung von Ausgaben andererseits einer Prüfung und optimieren diese im Sinne der Budgetierung.

Die kostenlose **Arbeitsrechtsberatung** überführen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften in eine dauerhafte Struktur.

Zur wirtschaftlichen Stärke Tempelhof-Schönebergs gehören neben den Industriebetrieben auch junge, innovative Neuansiedlungen, wie sie im Marienpark entstehen. Die **Wirtschaftsförderung** vernetzt Unternehmen, stärkt Geschäftsstraßen und Wochenmärkte, führt „Grüner Hirsch“, Green Buddy Award und Fairtrade-Town fort und begleitet den HOGA-Campus.

Für unsere Geschäftsstraßen wollen wir ein strukturiertes **Geschäftsstraßenmanagement** finanziert durch Drittmittel anstreben, das Vernetzung, gemeinsame Veranstaltungen und Beratung fördert und zugleich dazu beiträgt, Sicherheit, Sauberkeit und Aufenthaltsqualität zu verbessern. Ergänzend wollen wir die Einrichtung von Business Improvement Districts (BID) prüfen und in mindestens zwei geeigneten Geschäftsstraßen ein entsprechendes Verfahren umsetzen.

Wir bauen die Angebote zur Unterstützung und Beratung von **Gründungen** von sozialen, solidarischen Unternehmen und alternativen Organisationsformen wie Genossenschaften oder Unternehmen in Belegschaftseigentum bzw. Verantwortungseigentum aus.

Wir wollen (in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft) die Cluster Elektromobilität und Green Energy massiv ausbauen und erreichen, dass der Bezirk Tempelhof-Schöneberg in diesem Bereich ein attraktiver Standort bleibt.

Wir setzen uns dafür ein, die kostenfreie, nächtliche Nutzung von privaten Parkflächen (Discounter, Supermärkte, Parkhäuser etc.) für PKWs, Lastenräder und Fahrräder in hochfrequentierten Bereichen zu ermöglichen. Dafür sprechen wir Gewerbetreibende gezielt an. Wir setzen uns gezielt bei privaten Parkhausbetreibenden dafür ein, dass eine sozial-gestaffelte Vermietung von Parkflächen in Parkhäusern für Anwohner*innen ermöglicht wird.

Wir wollen saubere, sichere und barrierefreie Bahnhöfe. Der Bezirk setzt sich beim Land, den Verkehrsbetrieben und der Deutschen Bahn dafür ein, dass an jedem S- und U-Bahnhof in Tempelhof-Schöneberg Personal der Verkehrsbetriebe oder beauftragter Dienstleister (z. B. „VBB-Begleitservice“) präsent ist.

Als Bezirk, der sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzt, wird es von uns keine (finanzielle) Unterstützung für die Ansiedlung von Rüstungskonzernen im Bezirk geben und wir werden darauf hinwirken, dass Transitionspfade Richtung Elekotromobilität und Green Energy attraktiver sind als eine Rüstungskonversion.

Der **Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen** soll fertiggestellt werden. Die identifizierten Maßnahmen sollen umgesetzt werden. Wir wollen Sicherheit im Kiez vor allem durch Prävention gewährleisten. Daher wollen wir Präventionsprojekte stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass bestehende Angsträume durch Beleuchtung, barrierefreie Gestaltung und mehr Einsehbarkeit beseitigt werden.

Wir wollen die **Sicherheit queerer Menschen** stärken. Dazu soll geprüft werden, welche Maßnahmen der Landesstrategie gegen queerfeindliche Hasskriminalität auf Bezirksebene umgesetzt und in einem bezirklichen Maßnahmenplan festgehalten werden können. Den bezirklichen Präventionsrat werden wir weiterentwickeln. Die Projekte Nachtbürgermeister*innen und Nachtlichter sollen evaluiert und auf Grundlage der Ergebnisse bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

Wir wollen die queere Community in unserem Bezirk stärken. Wir setzen uns dafür ein die Finanzierung queerer Projekte und bestehende queere Schutz-, Beratungs- und Begegnungsräume abzusichern und diese vor Verdrängung zu schützen. Wir wollen zusätzliche sichere Orten für queere Menschen schaffen, auch außerhalb des Regenbogenkiezes. Wir setzen uns für einen weiteren Frauen- und Lesbentreffpunkt ein und unterstützen die Initiative für einen Gedenkort für die an den Folgen von AIDS Verstorbenen.

CrossKultur soll den Süden des Bezirks stärker in den Blick nehmen, mit dem Ziel, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade gleichberechtigt zu beteiligen. Dazu soll der*die Integrationsbeaufteaktiv am Programm mitwirken.

Wir wollen für **Menschen mit Fluchterfahrung** mehr niedrigschwellige, mehrsprachige Angebote schaffen. Wir wollen den Fachtag Arbeitsmarktintegration weiterentwickeln. Die Beratungsleistungen in den Geflüchtetenunterkünften und Stadtteilzentren werden von uns niedrigschwellig und aktuell gehalten.

Wir schützen die Würde jedes Menschen und stärken die Demokratie. Der **Einsatz gegen Rechtsextremismus und die Stärkung unserer Demokratie** sind eine gemeinsame Verantwortung von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Beauftragtenstelle gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus sichern wir ab,

Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratiebildung einsetzen, unterstützen wir politisch. Wir werden das Bündnis für Demokratie und Toleranz stärken, die Erinnerungskultur unter anderem durch die Unterstützung der Stolperstein-Initiativen lebendig halten und die BVV aktiv in die demokratiepolitische Arbeit einbeziehen.

Wir wollen mit einem **Klimaschutzkonzept** den Weg zu einem klimaneutralen Bezirk gehen, der von einem Klima-Beirat begleitet wird. Mit einem bezirklichen Wärmewendemanagement werden wir Nahwärmenetze und die Nutzung von Abwärme begleiten und durch Förderung unterstützen.

Wir stärken den **Hitze- und Kälteschutz** mit einem Schwerpunkt auf vulnerablen Gruppen wie Kindern, Senior*innen und obdachlosen Menschen. Wir setzen weitere Maßnahmen des bezirklichen Hitzeaktionsplans um. Dafür setzen wir uns für den Ausbau des Netzes an Trinkbrunnen ein sowie beim Land dafür, dass Wasserspiele und Planschen gebaut und betrieben werden können. Zudem stärken wir wohnortnahe kühle Treffpunkte wie Bibliotheken, Kirchen und Stadtteilzentren, um sie bekannter und für alle zugänglich zu machen. Zudem setzen wir Anreize zur baulichen Verbesserung des Stadtklimas durch Elemente wie Fassadenbegrünung und die Weiterentwicklung von Berlin zur „Schwammstadt“ und wirken auf eine Reduzierung des Kraftverkehrs hin, um Klima- und Hitzeschutz zu fördern.

Den vom Bezirksamt beschlossenen **Katastrophenschutzplan** werden wir durch regelmäßige Übungen umsetzen und in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres weiterentwickeln. Wir werden prüfen, welche öffentlichen Gebäude als Schutzraum und Anlaufstelle im Katastrophenfall geeignet sind. Wir werden die Katastrophenschutz-Leuchttürme mit Notstromaggregaten ausstatten und einsatzbereit halten. Für die weitere und verbesserte Ausstattung des bezirklichen Zivil- und Katastrophenschutzes werden wir das Sondervermögen des Bundes nutzen.

Das **Ehrenamt** würdigen wir sichtbar, die Initiative „Engagiert gegen Einsamkeit“ bauen wir aus, und unsere Städtepartnerschaften füllen wir mit Leben. Die bestehende Infrastruktur des Ehrenamtsbüros wird ausgebaut und mit Drittmitteln weiterentwickelt.

Bürgerschaftliches Engagement für die Stadtnatur wie im Volkspark Lichtenrade, am Kiepertplatz, am Grazer Platz und bei der Pflege von Baumscheiben wollen wir unterstützen, um die Verantwortung des Bezirks zu ergänzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kiezregentonnen dort entstehen, wo Wasserpumpen fehlen, etwa am Kiepertplatz und am Breslauer Platz, um Pflegepatenschaften zu ermöglichen. Auch öffentliche Gebäude sollen Kiezregentonnen erhalten.

Der Ausbau von **Beteiligung** ist uns ein gemeinsames wichtiges Anliegen. In Beteiligungsformaten legen wir einen Schwerpunkt auf Verfahren, die geeignet sind strukturell benachteiligte und unterrepräsentierten Gruppen einzubeziehen (chronisch erkrankte, migrantische, armutsbetroffene, behinderte, alleinerziehende Menschen im Bezirk, die oftmals intersektional von mehreren Diskriminierungsformen betroffen sind). Dazu zählen aufsuchende Verfahren sowie die Wahl geeigneter Orte, Sprachen und Zeiten.

Wir setzen uns dafür ein, einen weiteren Raum für Beteiligung zu öffnen, mit Schwerpunkt auf dem Süden des Bezirks. Bestehende und neue Angebote werden so

ausgerichtet, dass auch die Bildung von Initiativen und Gemeinschaften unterstützt wird, die gemeinsam Interessen vertreten, etwa von Mieter*innen.

Die kostenlose **Mieter*innen- und Sozialberatung** entwickeln wir weiter. Mit Einverständnis der Ratsuchenden verzahnen wir sie eng mit der Zweckentfremdungsverbotsstelle, der Sozialen Wohnhilfe und der Stadtentwicklung. Das Fachgespräch „Irre gut wohnen für alle“ soll fortgeführt werden. Das Projekt wird von uns unterstützt.

Geschäftsbereich 2: Amt für Schule & Sport, Amt für Weiterbildung & Kultur, Facility Management

Schule und Sport

Gemeinschaftsschulen bieten Strukturen für gemeinsames Lernen und individuelle Förderung. Für ihren Ausbau entwickelt das Bezirksamt einen organisatorisch verbindlichen Fahrplan. Die Friedenauer Gemeinschaftsschule wollen wir als solche weiter unterstützen, die Johanna-Eck-Schule und die Mascha-Kaléko-Schule wollen wir weiterentwickeln. Ein zusätzlicher Standort, etwas an der Halker Zeile in Lichtenrade, soll das Angebot im Süden ergänzen. Die Johanna-Eck-Schule und die Mascha-Kaléko-Schule wollen wir auf ihrem Weg zur Gemeinschaftsschule aktiv begleiten und die Gemeinschaftsschulen beim Aufbau gymnasialer Oberstufen unterstützen.

Die **inklusive Schule** ist für uns handlungsleitend. Eine bedarfsgerechte Ressourcensteuerung, multiprofessionelle Teams, ausreichend Schulhelfer*innen und verlässliche sonderpädagogische Förderung stellen sicher, dass Unterstützung dort ankommt, wo sie benötigt wird.

Wir prüfen, wie die auf Landesebene angestrebte unabhängige **Beschwerdestelle für Diskriminierung und Mobbing** durch eine niedrigschwellige bezirkliche Fach- und Anlaufstelle für Schulen und Kitas sinnvoll ergänzt werden kann. Geprüft werden insbesondere Aufgaben und Zuständigkeiten, eine vertrauliche, mehrsprachige und barrierefreie Beratung und Begleitung Betroffener, die Unterstützung von Einrichtungen bei Prävention und Intervention sowie die Möglichkeiten der Finanzierung in Abstimmung mit dem Land. Schulen und Kitas sollen dabei unterstützt werden, standortspezifische Antidiskriminierungskonzepte zu entwickeln und regelmäßig zu überprüfen.

Damit demokratische Kompetenzen sich entwickeln, stärken wir Beteiligungsformate wie den Schüler*innen-Haushalt und setzen auf verbindliche Mitbestimmung.

Das Bezirksamt veröffentlicht einen regelmäßig aktualisierten **Schulbau- und Sanierungsplan** für Tempelhof-Schöneberg. Für jede Maßnahme werden mindestens Bedarf, Projektstand, nächste Meilensteine, Finanzierung, geplanter Zeitrahmen, Abhängigkeiten, Verzögerungen und erforderliche Ausweichstandorte dargestellt. Über den Fortschritt wird der BVV regelmäßig berichtet.

Wir setzen uns beim Land für den bedarfsgerechten Ausbau und die verlässliche Finanzierung von **Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Unterstützung** ein und fordern, bestehende Schulstationen und niedrigschwellige Unterstützungsangebote personell abzusichern. Schulen sollen auf feste Teams aus Lehrkräften, Sozialpädagog*innen und – in Abstimmung mit dem Land –

Schulpsycholog*innen, therapeutische sowie weitere pädagogische Fachkräfte zurückgreifen können.

Damit **Sportstätten** für alle gut nutzbar sind, werden wir den **Abbau von Barrieren** weiterhin konsequent einfordern. Darüber hinaus setzen wir uns für mindestens zwei komplett inklusive Sportanlagen und zusätzliche barrierefreie Sportflächen im öffentlichen Raum ein. Barrieresenkende Maßnahmen an gedeckten und ungedeckten Sportanlagen sollen sukzessive umgesetzt werden.

Wir wollen Sport im Bezirk für alle zugänglich und gemeinwohlorientiert gestalten. Dafür setzen wir uns auf Landesebene für kostenlose Schwimmförderung für Kinder und Jugendliche ein. Wir stärken Angebote für Mädchen, Frauen und queere Personen sowie inklusive Angebote, die gemeinsam mit Selbstvertretungen entwickelt werden.

Um die dringend notwendige **Sanierung unserer Sportanlagen** und Schulhöfe voranzubringen, stärken wir die zuständigen bauenden Bereiche und schaffen feste Teams zur Sanierung und Modernisierung von gedeckten und ungedeckten Sportanlagen. Der Steuerungsdienst wird beauftragt, bis zum 31. Mai 2027 eine umfassende Prüfung der Organisation der Erhaltung und Entwicklung der bezirklichen Sportanlagen durchzuführen. Ziel ist es, eine belastbare Entscheidungsgrundlage für die weitere Organisationsgestaltung zu schaffen.

Wir wollen Sportvereinen ermöglichen, kleinere Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an den von ihnen genutzten Sportanlagen selbst durchzuführen, indem wir uns dafür einsetzen, dass zusätzlich große Schlüsselverträge vergeben werden, und dafür verlässliche und unbürokratische Verfahren schaffen.

Wir werden die bezirkliche Sportinfrastruktur ausbauen und zusätzliche Sportflächen in öffentlicher Hand dauerhaft sichern. Dafür wollen wir prüfen, wie das **Allianz-Stadion (Wildspitzweg)** mit Unterstützung des Landes in bezirkliche Hand übernommen werden kann und damit den Bestand an Sportflächen in öffentlicher Verantwortung erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dass über die gezielte Zuweisung der Investitionsplanung ein Ankauf möglich gemacht werden kann. Des Weiteren prüfen wir, wie der Betrieb wirtschaftlich und nachhaltig abgesichert werden kann.

Kooperationen zwischen Schulen, Sportvereinen und freien Trägern wollen wir ausbauen, um Sportangebote besser miteinander zu verzahnen. Wir wollen mit einer digitalen Plattform dabei helfen, freie Kapazitäten in Vereinen und Sportstätten sichtbar zu machen und Anmeldungen unkomplizierter zu gestalten. Die Belegungszeiten der Sportstätten sollen öffentlich einsehbar sein, damit Angebote transparent und gut erreichbar werden.

<u>Weiterbildung & Kultur</u>

Wir werden uns dafür einsetzen, dass das **ehemalige Straßenbahndepot** in der Belziger Straße gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und verbunden mit einem Prozess zur Bürger*innenbeteiligung gemäß der aktuellen BVV-Beschlusslage zu einem sozialen und kulturellen Standort weiterentwickelt wird. Wir lehnen die Pläne des Senats für ein Feuerwehr- und Blaulichtmuseum ab.

Bibliotheken im Bezirk wollen wir als Dritte Orte stärken und sie zu lebendigeren Treffpunkten und Räumen des gemeinsamen Lernens und Gesprächs machen.

Die Thomas-Dehler-Bibliothek wollen wir absichern. Wir setzen uns auf Landesebene für die Weiterentwicklung des Bibliotheksgesetzes ein. Wir unterstützen die Pläne für eine Öffnung der Bibliotheken an Sonntagen.

Wir werden einen bezirklichen **Kulturentwicklungsplan** aufstellen und setzen uns für den Erhalt und die Entwicklung bezirklicher Kulturorte sowie für neue, gut erreichbare Räume in den südlichen Ortsteilen ein.

In Mariendorf fehlt mit einem Bibliotheksstandort auch ein wichtiger Ort für wohnortnahe Kultur- und Bildungsangebote. Deshalb wollen wir einen **Kulturstandort in Mariendorf** schaffen und dafür geeignete Standorte prüfen. Bereits jetzt sollen mehr kulturelle Angebote vor Ort stattfinden und dezentrale bezirkliche Veranstaltungsreihen wie CrossKultur und Frauenmärz sowie Projekte der dezentralen Kulturarbeit stärker in Mariendorf präsent sein.

Für die **Gertrud-Kolmar-Bibliothek** im Schöneberger Norden wollen wir einen neuen Standort finden und dafür verschiedene geeignete Optionen, unter anderem das Kathreiner-Haus, prüfen lassen. Wir wollen mit der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) in Kontakt gehen und prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um die **Gerhart-Hauptmann-Bibliothek** am Standort Rathaus Friedenau langfristig wieder in Betrieb zu nehmen.

Wir setzen uns für die verlässliche Förderung der **freien Kulturszene**, Initiativen, Vereinen und migrantischen Selbstorganisationen ein und unterstützen sie bei der Nutzung öffentlicher Räume. Ebenso setzen wir uns dafür ein, die geförderten Atelier- und Proberäumen im Bezirk zu erhalten. Kulturelle Bildung, Angebote für Kinder und Jugendliche sowie Projekte, die von Menschen vor Ort mitgestaltet werden, sollen gestärkt werden. Wir setzen uns für faire Arbeits- und Vergütungsbedingungen in der Kultur, in den Volkshochschulen, Musikschulen und unserer kommunalen Galerie ein.

Wir würdigen antikoloniale, antifaschistische, pazifistische, migrantische und queere Persönlichkeiten und Bewegungen. Dazu gehören neue **Gedenktafeln, Stolpersteine** und die Weiterentwicklung queerer **Erinnerungsorte**. Dabei sollen im Bezirk ansässige Museen, Bildungsorte und Vereine im Prozess beteiligt werden. Besonders am Herzen liegt uns das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Wir wollen Benennungen nach Frauen Priorität einräumen und berücksichtigen auch LSBTIQ bei Benennungen von Straßen etc. stärker. Benennungen sollen mindestens so lange nach Frauen* erfolgen, bis ein Gleichgewicht bei der Namensgebung von Straßen, Privatstraßen, Plätzen und Grünanlagen erfolgt ist. Bürger*innen wollen wir in den Prozess der Nachbenennungen einbeziehen. Bei Benennungen öffentlicher Einrichtungen wie beispielsweise Sportanlagen sollen Nutzer*innen am Benennungsprozess beteiligt werden und können eigene Vorschläge einbringen.

<u>Facility Management</u>

Zentrale öffentliche Gebäude wie das Rathaus Schöneberg sind nicht nur Dienstgebäude des Bezirks, sondern Wahrzeichen von landesweiter Bedeutung. Für die Sanierung des **Rathaus Schöneberg** (Gesamtvolumen 147 Millionen Euro) werden wir einen Zeitplan erarbeiten und uns dafür einsetzen, dass die Sanierung in der Fortschreibung der Investitionsplanung des Landes weiter finanziert wird.

Technische Anlagen mit hohem Havarierisiko werden vorrangig instandgesetzt, bis die Sanierung greift.

Der über viele Jahre entstandene **Sanierungsstau** an Rathäusern, Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportanlagen, Bibliotheken und Volkshochschulstandorten soll schrittweise und gezielt abgebaut werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Herstellung von Barrierefreiheit, damit alle Menschen gleichberechtigt an Bildung, Kultur und öffentlichem Leben teilhaben können; die teils desolate bauliche Situation vieler Schulen darf trotz knapper Kassen nicht aus dem Blick geraten. Ein Verweis auf die bauliche Nichtumsetzbarkeit soll nicht ausreichen, wenn durch andere bauliche oder funktionale Lösungen Barrierefreiheit erreicht oder verbessert werden kann. Wir wollen, dass in einer Arbeitsplanung Maßnahmen der Barrierefreiheit in eigenen Gebäude übersichtlich dargestellt werden.

Wir werden Bauprozesse so planen, dass bei Neu- und Umbauten **Begrünung, Regenwassermanagement** und Verschattung von Anfang an berücksichtigt wird.

Wir werden prüfen, ob bezirkseigene Liegenschaften ohne Fernwärmeanschluss vorhandene **Wärmequellen** nutzen können, etwa Abwärme oder Erdwärme, und ob sie als Anker-Kunden für Kalte Nahwärmenetze in Frage kommen. Wir werden bezirkseigene Gebäude energetisch sanieren, Photovoltaik ausbauen und die Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umstellen.

Gezielte Investitionen in die **Energieeffizienz** bezirklicher Gebäude wie Schulen, Verwaltungsgebäude sowie Jugendfreizeiteinrichtungen und Freizeitstätten 60+ sollen die Energiekosten und den CO_2-Ausstoß senken. Dazu wollen wir insbesondere intelligente Heizsysteme, hydraulische Abgleiche, Wärmepumpen und Solaranlagen einsetzen und vorhandene Landes- und Drittmittel konsequent ausschöpfen. Bei allen bezirklichen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen wollen wir die Nutzung erneuerbarer Energien vorantreiben und kommunale Gebäude schrittweise unabhängiger von der Fernwärme machen. Dabei sollen kommunale Energieanlagen als Keimzellen für eine quartiersübergreifende Nachbarschaftswärme dienen und Synergien zwischen öffentlichen Einrichtungen und angrenzenden Wohngebieten genutzt werden.

Konkret wollen wir beim Neubau der **Sporthalle am Perelsplatz** prüfen, ob eine Wärmepumpe als Keimzelle für die gemeinsame Wärmeversorgung von Schule, Sporthalle und Nachbarschaft eingerichtet werden kann, und diese bei positiver Prüfung auf den Weg bringen.

Wir stärken das **Wärmewendemanagement**. Wir setzen uns im Weiteren beim Senat dafür ein, dass in den Bezirken für die Umsetzung der **kommunalen Wärmeplanung** eine personelle Absicherung erfolgt, hier ist eine Zielvereinbarung zwischen der zuständigen Senatsverwaltung und den Bezirken notwendig.

Wir setzen uns beim Land Berlin für die Rekommunalisierung und für die Wiederauflage des Schultoilettensanierungsprogramms ein, damit marode **Sanitäranlagen** grundlegend erneuert und dauerhaft hygienische Standards gewährleistet werden. Dazu wird der zuständige Geschäftsbereich aufgefordert, die BVV regelmäßig zu unterrichten. Wir werden den bezirksübergreifenden fachlichen Austausch vorantreiben und werden die vom Land bereitgestellten Musterausschreibungen nutzen, um im Bezirk sukzessive die **Tagesreinigung** zu etablieren. Davon profitieren Reinigungskräfte mit auskömmlichen

Stundenkontingenten und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden prüfen, an welchen bezirklichen Schulen eine Tagesreinigung als Pilot starten kann und wie faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen bei der Vergabe von Reinigungsleistungen verbindlich verankert werden können.

Im Bereich des Objektmanagements werden wir die **Raumvergabe** personell absichern und das Buchungssystem verbessern. Wir realisieren den Aufbau von frei zugänglichem Internet (z. B. Freifunk) an den Standorten Rathaus Schöneberg und Tempelhof sowie ggf. an weiteren Standorten.

Wir werden den Steuerungsdienst beauftragen, bis zum 30. November 2027 die Organisation aller Gruppen und Mitarbeitenden im Hochbau der SE FM umfassend zu prüfen. Ziel ist eine belastbare Entscheidungsgrundlage für die weitere Organisationsgestaltung. Ausgründungen in verschiedenen Rechtsformvarianten sind dabei einzubeziehen. Die Beschäftigten und ihre Vertretungen beziehen wir von Beginn an ein. Die Ergebnisse berät zunächst das Bezirksamt, anschließend die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung.

Geschäftsbereich 3: Ordnungsamt, Straßen- & Grünflächenamt, Umwelt- & Naturschutzamt

Straßen & Grünflächen, Umwelt & Naturschutz

Der öffentliche Raum im Bezirk soll sicher, sauber, gemeinwohlorientiert und klimaresilient gestaltet werden. Um so viele Projekte wie möglich für mehr Sicherheit, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Barrierefreiheit, Fuß- und Radverkehr und Steigerung der Aufenthaltsqualität umzusetzen, reagieren wir flexibel auf Fördermöglichkeiten, insbesondere in enger Anbindung an das Berliner Klimaanpassungsgesetz. Wir werden Stadtgrün und Grünflächen erhalten und ausbauen. Im Rahmen der Arbeitsplanung stellen wir dar, welche Maßnahmen für Baumpflanzungen, Entsiegelung und Schwammstadtmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Ein besonderes Augenmerk bei Entsiegelungen legen wir auf Schulhöfe, Plätze und Neubauvorhaben.

Wir setzen uns am Nollendorfplatz und An der Urania für eine Neugestaltung für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität ein. Den **Friedrich-Wilhelm-Platz** wollen wir zu einem autofreien Platz mit Parkcharakter entwickeln und dabei eine tragfähige Lösung für den ÖPNV erarbeiten.

Für den **Dürerplatz** wollen wir einen Beteiligungsprozess starten und konkrete Ideen zur Aufwertung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den Weg bringen. Wir prüfen, ob ein Modalfilter in der Begasstraße den Durchgangsverkehr reduzieren und den Kiez entlasten kann.

Den **Dorfanger Alt-Tempelhof** wollen wir zu einem Ort mit mehr Aufenthaltsqualität, sicheren Fuß- und Radwegen und einer besseren Gestaltung der Grünflächen entwickeln. Dazu setzen wir uns beim Senat für eine nachhaltige Finanzierung der Grünflächenpflege im Straßenland ein.

Der klimaresiliente Umbau des **Barbarossaplatzes** soll weiter vorangetrieben werden. Die Verkehrsführung wird ein Jahr nach der Platzumgestaltung evaluiert und gemeinsam entschieden, ob der in der Machbarkeitsstudie vorgesehene Modalfilter umgesetzt werden soll. Die Fahrradstraße Eisenacher Straße soll entsprechend des Radverkehrsplans und dem Radnetzes umgesetzt werden.

Das Bezirksamt wird sich der Aufwertung des Umfelds des **Rathaus Schöneberg** widmen. Dazu wird in einem ersten Schritt die südliche Parkplatzfläche (Marktfläche) ab Frühjahr 2027 autofrei. Wir ordnen den Markt neu und entwickeln bis dahin ein Nutzungskonzept, mit dem die Fläche regelmäßig bespielt wird. Dabei binden wir zivilgesellschaftliche Gruppen gezielt ein, etwa Spielstraßeninitiativen und Sportvereine. Die Maßnahmen werden nach einem Jahr evaluiert. Wir wollen die Freiherr-vom-Stein-Straße perspektivisch zu einem Platz mit Aufenthaltsqualität entwickeln, zum „Südplatz“. Dazu werden wir in dieser Wahlperiode gemeinsam ein partizipatives Konzept erarbeiten und in der Zählgemeinschaft gemeinsam bewerten. Der barrierefreie Zugang zum Rathaus bleibt dabei gewährleistet.

Die **Langenscheidtbrücke** ist als Fahrradstraße Teil des Radvorrangnetzes. Die derzeitige temporäre Sperrung der Brücke hat gezeigt, dass viele Anwohner*innen diese Beruhigung und Schaffung einer neuen Aufenthaltsfläche schätzen. Dies wollen wir beibehalten und die Langenscheidtbrücke dauerhaft dem Fuß- und Radverkehr widmen.

Der Bezirk wird sich beim Senat für eine Planung zur Umgestaltung der **Bundesstraßen B96 und B101** einsetzen. Ziele sind mehr Verkehrssicherheit, verstärkte Geschwindigkeitskontrollen und eine Reduzierung des Schwerlastverkehrs. Wir setzen uns für den Erhalt der **Bäume auf dem Tempelhofer Damm** ein. Wir setzen uns für die Neuordnung der **Haupt- und Rheinstraße** zwischen Walther-Schreiber-Platz und Innsbrucker Platz ein. Dabei sollen die Bedingungen für den Fuß-, Rad- und Busverkehr verbessert und zugleich möglichst wenige Parkplätze aufgegeben werden.

Alle **Radverkehrsanlagen** werden im Rahmen des Straßenbegangs auf ihren Zustand überprüft und regelmäßig durch das Straßen- und Grünflächenamt von Barrieren (hineinragende Äste, Büsche etc.) befreit. Wir setzen uns bei der BSR dafür ein, dass Laubhaufen oder Ähnliches nicht auf Radverkehrsanlangen gesammelt werden. Stattdessen sollen sie an Orten gesammelt werden, an denen weder Fuß- noch Radverkehr beeinträchtigt werden. Wir setzen uns beim Senat dafür ein, dass sichere Radverkehrsanlagen auf Hauptverkehrsstraßen ohne sichere Radwege umgesetzt werden. Dazu gehören beispielsweise die Großbeerenstraße, Hildburghauser Straße, Marienfelder Allee, Kolonnenstraße sowie Dominicusstraße und Oberlandstraße.

Wir setzen uns beim Senat dafür ein, gemeinsam mit Anwohnenden und Gewerbetreibenden ein Verkehrskonzept für die **Marienfelder Allee** zu entwickeln, das unterschiedliche Verkehrsbedürfnisse berücksichtigt. Geprüft werden soll insbesondere eine gemeinsame Bus- und Radspur. Die Realisierung von Anordnungen und baulichen Maßnahmen soll auf der B101 am Verkehrsknoten Rathausstraße/Friedenstraße/Lankwitzer Straße begonnen und von dort abschnittsweise nach Süden fortgesetzt werden. Wir setzen uns beim Senat dafür ein, dass die geplanten Baumaßnahmen der Berliner Wasserbetriebe im nördlichen Teil der B101 für eine Neugestaltung genutzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ampelschaltungen zu Gunsten von Fuß- und Radverkehr umgestellt werden. Wir setzen uns beim Land dafür ein, dass Jelbi-Mobilitätsstandorte und P+R-Parkplätze, vor allem am Stadtrand und an relevanten ÖPNV-Stationen, ausgebaut werden und private Anbieter zur Finanzierung beitragen.

Im Bereich des **ÖPNV** setzen wir uns auf Landesebene für einen S-Bahn-Halt am Kamenzer Damm und einen Regionalbahn-Halt an der Buckower Chaussee ein. Auch für die Tramlinie entlang der B1 vom Potsdamer Platz bis nach Friedenau/Steglitz und die Tangentialverbindung Schöneweide/Gropiusstadt/Buckower Chaussee setzen wir uns ein.

Der Fuß- und FahrRat wird zu einem **Mobilitätsrat** zusammengelegt, so dass integriert geplant und Projekte vorgestellt werden können. Dieser tagt dreimal jährlich unter Beteiligung und Vorbereitung der zuständigen Fachämter.

Wir wollen die **Barrierefreiheit** im öffentlichen Straßenraum systematisch verbessern und werden dafür eine gemeinsame Abfrage und Priorisierung der Bedarfe erarbeiten. Dafür werden bestehende BVV-Beschlüsse inklusive des Kinder- und Jugendparlaments, die Wünsche und Bedarfe aus dem Beirat von und für Menschen mit Behinderungen, der Senior*innenvertretung, dem bezirklichen Mobilitätsrat und einer Öffentlichkeitsbeteiligung in einer Liste erarbeitet. Das Bezirksamt wird sukzessive die bestehenden Ressourcen nutzen, um Barrieren im Alltag abzubauen. Die Gehwege sollen schrittweise instandgesetzt und barrierefrei gestaltet werden.

Spielplätze sind wichtige Treffpunkte für Familien und Bewegungsorte für Kinder, insbesondere in dicht bebauten Quartieren. Wir stärken die Spielplatzsanierung im Grünflächenamt. Die Ausfinanzierung des bereits begonnen Spielplatzprojektes „Britzer Wiesen“ in Mariendorf ist ein kurzfristiges Ziel. In Lichtenrade werden wir im Rahmen des Quartiersmanagementgebietes Nahariyakiez einen neuen Spielplatz schaffen. Wir werden einen inklusiven Spielplatz im Germania-Garten schaffen und wollen einen weiteren Standort für einen inklusiven Spielplatz identifizieren. In mit Spielplätzen unterversorgten Stadtteilen wie Mariendorf wollen wir bestehende Spielplätze aufwerten und neue Standorte erschließen.

Die Spielplatzkommission bleibt bei der Dezernent*in für Jugend. Damit die Gelder der Spielplatzsanierung (KSSP) möglichst im Rahmen des Haushaltsjahres frühzeitig beantragt und ausgeschöpft werden können, wird die Priorisierung in der Kommission bereits zum Ende des Vorjahres vorgenommen.

Wir setzen uns für eine auskömmliche Personalausstattung für die planerische Umsetzung des Baumentscheids und den Erhalt und die Stärkung des Parkläufer*innen-Programms ein. Wir setzen uns dafür ein, wichtige Wege durch Grünanlagen zu Schulen, Arbeit, ÖPNV und sozialen Einrichtungen bedarfsgerecht und umweltverträglich zu beleuchten. Insbesondere auf stark frequentierten Querungswegen sollen solarbetriebene Bedarfslampen eine sichere Nutzung in der Dunkelheit mit möglichst geringen Kosten ermöglichen.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Flächen der **Naturwacht** und der BIM in Marienfelde ein und wollen die Nachnutzung der ehemaligen Betriebswohnungen mit der BIM zu einem Umweltbildungsort mit Übernachtungsmöglichkeiten für Kitas, Träger, Schulen und selbstverwaltete Gemeinschaften ermöglichen.

Wir treiben eine Lösung für die **Marienhöhe** voran, die Denkmalschutz, Baumschutz, Verkehrssicherheit, Natur- und Gewässerschutz und das Ziel einer Aussichtsplattform vereint und sowohl umsetzbar als auch finanzierbar ist. Dafür setzt sich das Bezirksamt dafür ein, das Projekt auf die Landesebene zu heben. Unabhängig davon wird das Bezirksamt Maßnahmen zur Attraktivierung der weiteren Bereiche der Marienhöhe – wie die Freilichtbühne – prüfen. Ziel ist es auch, soziale Nutzungen wie

kostenlose Sommerkinos oder nicht-kommerzielle kulturelle Nutzungen zu ermöglichen.

Den **Nelly-Sachs-Park** wollen wir weiter gezielt aufwerten.

Mit den Zielen von Klimaanpassung, Naturschutz, Denkmalschutz und unter Berücksichtigung des gesamtstädtischen **Wassermanagements** wollen wir schrittweise für alle Pfuhle und Teiche Pflege- und Entwicklungspläne erarbeiten und uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass nachhaltige Finanzierungsinstrumente zur Umsetzung dieser bereit stehen.

Ordnungsamt

Unser Ziel ist ein sauberer öffentlicher Raum. Dafür setzen wir uns auf Landesebene für die Stärkung der BSR ein. Wir setzen uns im Weiteren dafür ein, die **Sauberkeit** von Spielplätzen und Grünflächen sowie in Gebieten, die hinsichtlich sozialer und ökologischer Indikatoren mehrfach belastet sind, zu erhöhen. Das Angebot an BSR-Sperrmülltagen wollen wir an Orten mit hohem Bedarf erweitern. Wir weiten Formate des nachbarschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements zur Müllbeseitigung aus.

Das Ordnungsamt erstellt einmal jährlich eine Übersicht, in der Müllhotspots, der Einsatz der Waste-Watcher*innen und eine Übersicht der Einnahmen durch Bußgelder dargestellt werden.

Wir setzen uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass der **Winterdienst** auf Geh- und Radwegen, Fahrbahnen, an Haltestellen der BVG, vor öffentlichen Gebäuden, in Fußgängerzonen und auf öffentlichen Plätzen aus einer Hand organisiert wird und die BSR damit beauftragt wird. Vor privaten Grundstücken würde die Kostenübernahme weiter Sache der Eigentümer*innen bleiben.

Wir wollen in Gebieten mit hoher Parkplatzauslastung für Entlastung sorgen und werden sukzessive weitere **Parkraumbewirtschaftungszonen** einrichten. Ein relevanter Teil der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung wird zur Umsetzung von Maßnahmen im öffentlichen Raum und sozialer Belange genutzt. Die innerstädtischen Zonen rund um den Wittenbergplatz wollen wir hinsichtlich der Gebühreneinordnung nach aktuellen Standards überprüfen. Die Erweiterungen von Parkraumbewirtschaftung werden auf Grundlage eines nachgewiesenen Bedarfs beschlossen. Die Zonen 97 (Cosimaplatz) und 93 (Lindenhof) werden umgesetzt.

Geschäftsbereich 4: Stadtentwicklung, Bürgerdienste

Stadtentwicklung

Wir wollen, dass Tempelhof-Schöneberg für alle Menschen bezahlbar ist, und werden die bezirklichen Instrumente und Möglichkeiten dafür einsetzen, dass insbesondere Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen davon profitieren.

Wir wollen geeignete **Flächen** und Potenziale insbesondere für den Wohnungsbau identifizieren und aktivieren, um konkrete neue Wohnungsbauvorhaben zu ermöglichen und damit auch die Potenziale des Wohnflächeninformationssystems (WoFIs) zu ergänzen. Wir stärken dafür das strategische Flächenmanagement in der Stadtplanung, das Bau- und Nutzungspotenziale bislang ungenutzter Flächen

ermittelt. Wir wollen behutsam nachverdichten statt neu versiegeln und Potenziale im Bestand sowie auf bereits versiegelten Flächen aktivieren. Wir fühlen uns dem Ziel verpflichtet, bis 2030 Netto-0-Versiegelung zu erreichen.

Wir werden im Rahmen des Bündnisses für Wohnungsbau (Senat und Bezirke) unseren Beitrag für ausreichenden **Wohnraum** leisten. Wir setzen uns dafür ein, eingeschossige Gebäude wie Supermärkte oder Fastfood-Ketten mit großen Parkplatzflächen zu überbauen, und knüpfen dabei an die Gespräche mit privaten Eigentümer*innen an. Wir wollen bestehende Büroflächen für Wohnraum umnutzen. Wir prüfen, wie Pilotprojekte angestoßen werden können, die leerstehende Büroflächen in Mischgebieten und in angrenzenden reinen Gewerbegebieten für Wohnraum nutzen. Dazu gehören auch Nutzungsänderungen von Bürobauten.

Für **Neubau** suchen wir nach Partnern, die sich dem Ziel, möglichst dauerhaft preisgebundenen Wohnraum zu schaffen, verpflichten. Wir streben an, dass der Neubau verstärkt durch landeseigene Wohnungsunternehmen und gemeinwohlorientierte Akteure erfolgen soll. Wir sichern in Kooperation mit privaten Bauherren öffentliche Nutzungen auf privaten Grundstücken.

Im Rahmen städtebaulicher Verträge und des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung wollen wir sicherstellen, dass 50 Prozent der neu entstehenden Wohnungen als bezahlbarer, mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum geschaffen werden. Im privaten Neubau setzen wir dies etwa bei Aufstellung von Bebauungsplänen und als Vorgabe des Stadtentwicklungsamtes über städtebauliche Verträge konsequent durch. Auch bei kleineren Bauvorhaben verknüpfen wir die Zustimmung zu Befreiungen und Abweichungen vom Planungsrecht mit solchen Vorgaben. Als Orientierung hierfür dient das Neuköllner Modell für kiezverträglichen Wohnungsbau.

Ein konsequenter Fokus auf bezahlbaren Wohnraum bedeutet auch: Wir nutzen die bezirklichen Planungsinstrumente, um Flächen vorrangig für Wohnen zu sichern – statt für weitere Büro-Neubauten und Einkaufszentren. Der Nutzung von Wohnraum für Wohnen-auf-Zeit-Modelle treten wir mit den Mitteln des sozialen Erhaltungs- und des Zweckentfremdungsverbotsrechts konsequent entgegen. Ebenso lehnen wir den Abriss von bestehendem Wohnraum ab und nutzen die Möglichkeiten des Zweckentfremdungsverbots.

Wir wollen schnelles Bauen, das möglichst dauerhaft preisgebundenen Wohnraum in Tempelhof-Schöneberg schafft, ermöglichen und zugleich die Interessen des Bezirks wahren.

Wir wollen **Gewerbeflächen** bedarfsgerecht nutzen und Nutzungskonflikte mit der Gewerbeentwicklung vermeiden. Wir sichern die produktionsgeprägten Gewerbegebiete und aktivieren sie in Kooperation zwischen dem strategischen Flächenmanagement der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung. Dabei machen wir unsere Gewerbe- und Industriegebiete zu Vorreitern der sozial-ökologischen Transformation. Dauerhaft unternutzte Gewerbeflächen wollen wir für Wohnungsbau erschließen, wenn keine neuen Konflikte zur Gewerbeentwicklung entstehen.

Neubauvorhaben lösen einen Mehrbedarf an sozialer Infrastruktur aus, der sich nicht auf Schul- und Kitaplätze beschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass Indikatoren herangezogen werden, mit denen der Ausgleich dieses Mehrbedarfs auch für Naherholungs- und Sportflächen und andere soziale Bedarfe bemessen werden kann.

Der Bezirk beteiligt sich aktiv an Förderprogrammen wie „Junges Wohnen“ und arbeitet mit dem Berliner Azubiwerk zusammen. Ziel ist es, noch in dieser Wahlperiode an mindestens einem weiteren Standort neben dem HOGA-Standort Wohnheimplätze für Auszubildende zu schaffen und zu vermieten sowie die Umwandlung von Büroräumen in Azubi-Wohnungen auf den Weg zu bringen.

Die verschärften Möglichkeiten des **Wohnungsaufsichtsrechts** werden konsequent genutzt. Gemeldete bauliche Mängel nehmen wir konsequent auf und nehmen Vermieter*innen in die Pflicht. Bei Vergehen schöpfen wir den Bußgeldrahmen aus, nehmen Anordnungen vor, leiten wo nötig Ersatzvornahmen ein und machen von der Möglichkeit Gebrauch, einen Treuhänder einzusetzen. Werden widerrechtliche bauliche Veränderungen in sozialen Erhaltungsgebieten festgestellt, leiten wir den Rückbau ein. Anordnungen werden eng kontrolliert und durchgesetzt.

Wir stärken die **Wohnungsaufsicht** und ermöglichen die Prüfung unzulässiger baulicher Veränderungen, von Leerstand, Zweckentfremdung und gewerblicher Vermietung und deren Sanktionierung, insbesondere in sozialen Erhaltungsgebieten.

Bei vernachlässigten Wohngebäuden soll die Einsetzung einer Treuhänderschaft geprüft und angewandt werden. Für die **Odenwaldstraße 1** streben wir die schnellstmögliche Einsetzung einer Treuhänderschaft und die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten an. Wir setzen uns für eine bereichs- und bezirksübergreifende Zusammenarbeit zu verwahrlosten Immobilien ein.

Wir evaluieren die **sozialen Erhaltungsgebiete** regelmäßig und halten sie damit rechtssicher. In sozialen Erhaltungsgebieten werden Luxusmodernisierungen und der Abriss von Wohnraum versagt und Umwandlungen nur restriktiv genehmigt. Wir bauen die Informations- und Meldemöglichkeiten für Anwohnende aus, um unerlaubte bauliche Veränderungen und Nutzungsänderungen (wie möbliertes Wohnen auf Zeit) besser verfolgen können. Wir setzen die kostenlose Beratung für Mieter*innen bei Eigentümerwechsel fort. Weitere Gebiete lassen wir daraufhin prüfen, ob die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gefährdet ist. Der Zweckentfremdung von Wohnraum stellen wir uns auch mit dem Instrument des Milieuschutzes konsequent entgegen.

Meldungen über bauliche Mängel werden systematisch erfasst. Dauerhafte Vernachlässigung und fehlende Instandhaltung durch Eigentümer wird so besser dokumentiert. Die meldenden Personen erhalten zeitnah eine Eingangsbestätigung und Vorgangsnummer.

Wir werden bei allen Verkäufen von Wohnhäusern in Erhaltungsgebieten die Anwendung des **kommunalen Vorkaufsrechts** prüfen und nutzen, wenn dies möglich ist. In aussichtsreichen Fällen suchen wir den Kontakt zu gemeinwohlorientierten Kauf-Interessent*innen (Landeseigene Unternehmen, Genossenschaften, Mietshäuser-Syndikat und ähnliche) und binden die betroffene Hausgemeinschaft ein.

Für eine **soziale Wärmewende** werden uns dafür einsetzen, dass mit einem Klimageld Mieter*innen unterstützende Leistungen erhalten. Gemeinwohlorientierte Initiativen der Wärmewende unterstützen wir aktiv. Wir werden klimaneutrale Lösungen der Wärmeversorgung (z. B. durch den Einsatz von Geothermie und Luftwärmepumpen) unterstützend begleiten und Eigenmittel für die Förderung und Finanzierung von bezahlbaren und skalierbaren Lösungen im Bestand bereitstellen. Dabei werden wir uns auf Projekte fokussieren, in denen bezirkseigene

(abnahmerelevante) Immobilien den Kern von Nahwärmenetzen bilden können. Wir setzen uns für bezahlbare Wärme und gemeinwohlorientierte Lösungen ein und stärken die Information und Beratung der Mieter*innen.

Wir wollen die **laufenden und geplanten Wohnungsbauvorhaben** im Bezirk – insbesondere Am Schätzelberg, Neue Mitte Tempelhof, den Campus der Generationen und Marienhöfe und den HOGA-Campus – konstruktiv und mit dem klaren Ziel begleiten, diese Vorhaben bis zur Realisierung zu bringen. Zusammen mit dem Hotel- und Gaststättencampus (HOGA-Campus) im südlichen Teil des Areals soll der Standort als Zukunftsort Berlins vorangebracht werden. Im weiteren Verfahren zum Bauvorhaben Am Schätzelberg halten wir engen Kontakt mit Anwohner*innen und Zivilgesellschaft, um die Belange der Nachbarschaft insbesondere während der Bauphase zu berücksichtigen.

Wir setzen uns gegenüber dem Senat dafür ein, dass die großen Investitionsprojekte der **Neuen Mitte Tempelhof** nicht weiter verschoben, sondern möglichst vorgezogen werden. So schaffen wir bezahlbare Wohnungen und ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Tempelhofer Zentrum für Kultur, Bildung und eine bürgernahe, leistungsfähige Verwaltung – mit neuer Bibliothek, kommunaler Galerie, Räumen für die Volkshochschule, Schwimmbad und Haus der Jugendverbandsarbeit. Die landeseigenen Grundstücke sollen bevorzugt von Genossenschaften bebaut werden.

Für das Vorhaben in der **Bahnhofstraße 17** in Lichtenrade setzen wir uns dafür ein, die geplante Verkaufsfläche zugunsten von Wohnraum oder sozialen Nutzungen zu verringern.

Wir setzen uns dafür ein, dass das **Tempelhofer Feld** nicht bebaut wird und das Feld gemäß des THF-Gesetzes (Pflege- und Entwicklungsplan) weiterentwickelt wird. Ferner werden wir uns dafür einsetzen, dass über die ehemalige Eisenbahnbrücke ein südlicher Zugang für den Fuß- und Radverkehr geschaffen wird.

Leerstände (Unternutzung) von öffentlichen Gebäuden wollen wir zu Gunsten sozio-kultureller und gemeinwohlorientierte Nutzung beenden.

In **Alt-Mariendorf** wollen wir an der heute autogerechten Kreuzung zum Mariendorfer Damm einen neuen Stadtplatz als Zentrum des Ortsteils schaffen.

Bezirksübergreifend entwickeln wir ein Gestaltungskonzept für den bisher noch nicht zugänglichen **Uferbereich des Teltowkanals**. Schwerpunkt ist eine bezirksübergreifend durchgehende Rad- und Fußwegeverbindung am Kanal mit Orten für Sport, Bewegung und Freizeit. Wir setzen uns für ein zusammenhängendes Freizeit- und Bewegungsangebot ein, das Mariendorf mit den Nachbarortsteilen verbindet. Ziel ist es, gemeinsam mit dem Land Berlin einen Planungsprozess durchzuführen und die Finanzierung dieser „Stadtreparatur“ im Sinne von Klimaanpassung zu sichern.

<u>Bürgerdienste</u>

Wir streben an, dass dezentrale und mobile Angebote ausgebaut werden. Ein mobiles Angebot solcher Dienstleistungen soll neben Unternehmensstandorten insbesondere auch in Wohnanlagen für Senior*innen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen genutzt werden.

Dienstleistungen des Bürgeramtes in Tempelhof-Schöneberg sollen perspektivisch so weit wie möglich online angeboten werden. Im Zuge der weiteren Digitalisierung setzen wir uns dafür ein, dass die notwendigen Schnittstellen geschaffen werden. Die digitale Automatisierung von Standardanwendungen wird angestrebt. Alle digitalen und analogen Kommunikationswege der Verwaltung müssen barrierefrei sein.

Bis die Mietenaufsicht bzw. das geplante Landesamt für Mieterschutz seine Arbeit aufnimmt, wollen wir das Wohnungsamt und der Mietpreisprüfstelle für diese Aufgabe stärken. Unser Ziel ist es, überhöhte Mieten und Mietwucher konsequent zu erfassen, zu verfolgen und zu ahnden.

Geschäftsbereich 5: Soziales

Wir wollen die unbesetzten Stellen im Sozialamt schnellstmöglich besetzen und die Personalgewinnung und -bindung mit hoher Priorität fortführen. Wir machen die Vermeidung von Zahlungslücken bei existenziellen Sozialleistungen (wie z. B. Grundsicherung, Hilfen zur Pflege) wegen noch nicht bearbeiteter Weiterbewilligungsanträge zur Priorität. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass die Antragsbearbeitung bei existenziellen Sozialleistungen so transparent, nachvollziehbar und wohlwollend wie möglich ausgeübt wird und Ermessensspielräume ausgeschöpft werden.

Wir setzen uns weiterhin für eine gute Ausstattung der **unabhängigen Sozialberatung** sowie Schuldner- und Insolvenzberatung ein, wollen sie stärken und in allen Kiezen ermöglichen. Zudem soll die Auffindbarkeit der Angebote verbessert werden, damit alle, die die Angebote nutzen wollen, auch wissen, dass es sie gibt und wo sie sich befinden.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang für Leistungen, beispielsweise des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT), zielgruppengerecht verbessert wird.

Besonders wichtig sind uns **generationenübergreifende Angebote**. Wenn Jung und Alt sich begegnen, gemeinsam aktiv sind oder voneinander lernen, entsteht Nähe statt Einsamkeit. Deshalb werden wir solche Projekte für gemeinsame Bewegungs- und Begegnungsangebote stärken.

Wir werden das Konzept der **Freizeitstätten 60+** überarbeiten. Ihre Angebote müssen mit den Ansprüchen einer neuen Generation von Senior*innen Schritt halten (mehr interkulturelle Angebote, inklusive, queere und barrierefreie Angebote). Angebote wie die Berliner Hausbesuche sind ein wichtiges Instrument, um der Einsamkeit im Alter vorzubeugen und Senior*innen zu unterstützen – wir wollen sie bekannter machen und stärken.

Wir wollen, dass mehr Bänke in Tempelhof-Schöneberg aufgestellt werden, insbesondere dort, wo es noch wenige Angebote gibt. Wir setzen uns weiterhin für eine ausreichende Versorgung mit zugänglichen, kostenfreien und barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum ein. Auch neue Konzepte, wie z. B. Kooperationen mit Gastronom*innen müssen verfolgt werden.

Wir prüfen, ob wir dem Beispiel anderer Bezirke folgen können und eine Aufwandsentschädigung für die **Senior*innenvertretung** einführen können.

Wir unterstützen aktiv den Aufbau einer integrierten **Pflegeplanung**. Wir wollen Pflegebedürftigkeit durch präventive Angebote auf einen möglichst späten Zeitpunkt

verschieben. Wir setzen uns dafür ein, die ambulante Versorgung und Pflege zu verbessern und zu stärken.

Wir unterstützen den Prozess der landesweiten gesamtstädtischen **Unterbringung von Geflüchteten, obdachlosen und wohnungslosen Menschen**. Wir setzen uns im Weiteren dafür ein, dass in den jeweiligen Einrichtungen Qualitätsstandards zügig vereinbart werden. Dazu gehören sozialpädagogische und psychosoziale Unterstützungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die eine Unterkunft brauchen, generell möglichst dezentral (statt in großen Einrichtungen) und möglichst zeitnah in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Wir setzen uns weiterhin für die Verstetigung und Etablierung der Wohnungsloseneinrichtungen in Tempelhof-Schöneberg als zentrale Anlaufstellen ein.

Um Wohnungsräumungen und drohende Wohnungslosigkeit zu vermeiden, wollen wir die **proaktive aufsuchende soziale Wohnhilfe** als Unterstützungsangebot stärken. Dazu gehören die Unterstützung bei Räumungsklagen und die aufsuchende Arbeit von sozialen Trägern in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, um beispielsweise bei Zahlungsrückständen frühzeitig Räumungsklagen abzuwenden. Zusätzlich wollen wir aufsuchende soziale Hilfen für wohnungslose Menschen schaffen. Aufsuchende Hilfen sollen ausdrücklich der Unterstützung der Betroffenen dienen und dürfen nicht zum Zweck von Sanktionen genutzt werden.

Angebote der Infrastruktur wie Schließfächer für **wohnungslose und obdachlose Menschen** unterstützen wir. Sie sollen in Zusammenarbeit mit Trägern der Wohnungslosenhilfe an geeigneten Orten im Bezirk aufgestellt werden. Wir setzen uns weiterhin für das Duschmobil ein. Dieses Hygiene- und Beratungsangebot für obdachlose Frauen wird im Bezirk dringend gebraucht. Die Inanspruchnahme von Meldeadressen in Einrichtungen durch obdachlose Menschen unterstützen wir ebenfalls.

Das Netzwerk an **Hitze- und Kälteschutzangeboten** im Bezirk wollen wir erhalten und ausbauen und treten hierzu auch an die Landeseigenen Wohnbaugesellschaften heran, um Räume hierfür zu finden. Im Falle einer anderen Nutzung des Gebäudes in der Kurmärkischen Straße muss es ein Ersatzangebot geben.

Wir wollen den Sozialpsychiatrischen Dienst verstetigen.

Wir wollen, dass sich die zuständigen Mitglieder im Verwaltungsrat des **Jobcenters** Tempelhof-Schöneberg dafür einsetzen, die Fördermöglichkeiten konsequent auszuschöpfen und zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsplätze in bezirklichen Einrichtungen sowie bei freien Trägern und gemeinwohlorientierten Projekten schaffen. Wir wollen Barrieren im Zugang zu Leistungen abbauen, durch Beschwerdemanagement Prozesse verbessern, und Konflikte zeitnah lösen. Wir prüfen dafür u. a. die Einrichtung einer unabhängige Ombudsstelle, die im Fall von Konflikten mit dem Jobcenter unabhängig Lösungen aufzeigen kann.

Geschäftsbereich 6: Jugendamt, Gesundheitsamt, Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK)

<u>Jugend</u>

Wir wollen die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sichern. Wir bauen die Angebote im Rahmen der finanziellen und personellen Möglichkeiten aus.

Wir sichern niedrigschwellige Angebote der Jugendhilfe wie InfoPoint und Familienservicebüros.

Wir setzen uns gemeinsam mit Steglitz-Zehlendorf beim Land Berlin für eine tragfähige Zukunft des **Kitaeigenbetriebs Süd-West** ein. Angesichts der fehlenden Rücklagen und der begrenzten finanziellen Möglichkeiten des Bezirks braucht es eine Lösung auf Landesebene. Für mögliche Umnutzungen von Immobilien stimmen sich Bezirksamt und der Eigenbetrieb mit seinen Gremien eng ab. Wir setzen uns für die Umsetzung der Forderungen des Kita-Bündnisses ein.

Wir wollen in dieser Wahlperiode ein weiteres Bauvorhaben für eine **Jugendeinrichtung** starten und dafür die Machbarkeitsstudien für die Standorte Die Burg und LortzingClub vorantreiben. Für die Sanierung werden wir einen Zeitplan erarbeiten und mit der bezirklichen Investitionsplanung sowie der Arbeitsplanung von FM abstimmen. Die Weiße Rose bleibt ein bezirklicher Jugendkulturstandort.

Für einen wirksamen Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt wollen wir Prävention und Unterstützung unter Gleichaltrigen als Standard etablieren.

Unter Einhaltung des Immissionsschutzes und Einbindung der Nachbarschaft werden wir das **Haus der Jugend** am Werner-Voß-Damm zügig voranbringen. Die Nutzung soll weiterhin selbstorganisierten und -verwalteten Jugendprojekten ermöglicht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die betreffenden Jugendkollektive geeignete Räumlichkeiten nutzen können, bis das Haus der Jugend fertiggestellt ist.

Wir setzen uns beim Land Berlin dafür ein, die **Jugendsozialarbeit** an Schulen mittels einheitlicher Finanzierungsformen zu sichern und zu stärken.

Wir setzen uns dafür ein, unbesetzte Stellen im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) und Jugendamt zügig zu besetzen, um eine schnellere Bearbeitung und geringere Fallzahlen pro Mitarbeiter*in zu ermöglichen.

Wir werden zusammen mit den zuständigen Senatsverwaltungen das Monitoring besonders kostenintensiver Einzelfälle fortführen, um die Wirksamkeit der Hilfen regelmäßig zu überprüfen, Unterstützungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und die erforderlichen Mittel vom Land Berlin erstattet zu bekommen. Dabei muss stets das Wohl der Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen.

Wir wollen **Familien** den Zugang zu Leistungen erleichtern. Insbesondere setzen wir uns für Familien ein, in denen ein Elternteil die Erziehungsverantwortung allein trägt. Die bestehende Koordinierungsstelle und das Netzwerk Alleinerziehende in Kooperation mit der Beauftragten für Alleinerziehende sollen erhalten und gestärkt werden. Gemeinsam mit den vorhandenen Familienservicebüros und Familienzentren sollen bestehende Angebote im Süden, besonders in Marienfelde und Lichtenrade, besser bekannt und erreichbar gemacht und bei Bedarf ausgebaut werden. Dabei soll geprüft werden, ob Informationen und Zugänge mehrsprachig, barrierearm und für alle Familien gut nutzbar sind. Erkannte Lücken sollen über die vorhandenen Strukturen geschlossen werden.

Wir setzen uns für ein Jugendbudget ein und prüfen, ob bestehende Finanzierungsmöglichkeiten dafür genutzt werden können. Das **Kinder- und Jugendparlament** wird weiterentwickelt mit dem Ziel, die Demokratieerfahrung zu stärken, die Erfolgsquote von Anträgen zu erhöhen und eine schnellere Rückmeldung zu ermöglichen.

Gesundheit & QPK

Das **frühere Wenckebach Krankenhaus** wollen wir als Ort für die Gesundheitsversorgung erhalten und setzen uns gegenüber dem Land für eine zügige Entwicklung des Geländes als Gesundheitsstandort ein. Dazu kann unter anderem ein multiprofessionelles Primärversorgungszentrum gehören.

Wir fördern die Erstellung sozialraumbezogener Berichte zur gesundheitlichen Lage unter Berücksichtigung der sozialen Lage sowie der Verteilung medizinischer Angebote. Die Berichte werden ab 2028 in der jährlich stattfindenden bezirklichen Gesundheitskonferenz (bGK) vorgestellt und zielen auf Vereinbarungen bezüglich Angleichung der gesundheitlichen Ungleichheit auch durch verhältnispräventive Maßnahmen.

Wir wollen die bestehenden **Winterspielplätze** in Sporthallen in allen Stadtteilen erhalten und finanziell absichern. Gemeinsam mit Sportvereinen und freien Trägern wollen wir dafür zusätzliche Hallenzeiten erschließen und die Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Sportbereich stärken.

In Schöneberg-Nord wollen wir ein **Suchthilfezentrum nach Kölner Vorbild** und Züricher Modell mit der zuständigen Senatsverwaltung schaffen, um Menschen mit Suchterkrankungen ein integriertes und zusammengefasstes Hilfsangebot (Drogenabgabe bzw. -mikrohandel, Drogenkonsum bzw. Substitution sowie gesundheitliche und soziale Versorgung) niedrigschwellig anzubieten und zugleich dazu beizutragen, offenen Drogenkonsum und damit verbundene Belastungen im öffentlichen Raum zu verringern.

Für die unmittelbare Unterstützung setzen wir uns für die Einrichtung eines temporären Drogenkonsumraums ein. Ergänzend setzen wir uns beim Land Berlin dafür ein, dass das Drogenkonsum- und Beratungsmobil wieder regelmäßig in Schöneberg zum Einsatz kommt. Die Angebote sollen durch begleitende Sozialarbeit ergänzt werden. Darüber hinaus wollen wir die bezirkliche Drogenstrategie unter Berücksichtigung der Landessuchtstrategie weiterentwickeln.

Wir wollen die bezirksübergreifende Zusammenarbeit und Gesprächsrunden unter Federführung der Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit (QPK) zu Auswirkungen des Drogenkonsums mit allen beteiligten Akteuren fortsetzen.